

Arbeitsblätter 2.96

Nr. 36

November 1996

Herausgeber: Schweizerischer Arbeitskreis für ethische Forschung

Arbeit zwischen Mensch und Markt Fron und Fluch oder Freiheit und Fortkommen?

Dokumentation zur öffentlichen Tagung der
Gesellschaft zur Förderung der ethischen Forschung GEF
vom 14. September 1996 am Ethik-Zentrum Zürich

Arbeitswelt ist Lebenswelt

Peter Ulrich

Professor für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen (HSG) und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik.

Ist es Ihnen aufgefallen? In der soeben zu Ende gegangenen Saure-Gurken-Zeit dieses kühlen Sommers sind Gestalten wie 'Nessie' (im Loch Ness) oder 'Yeti' (im Himalaja) nicht wie sonst üblich in den Medien gesichtet worden. An ihrer Stelle treibt derzeit eine andere unheimliche Gestalt ihr Unwesen. Es handelt sich um einen auffallend klugen, aber etwas einseitig begabten Burschen, stark im Nutzen-Kosten-Rechnen, aber schwach in seinem Verständnis zwischenmenschlicher Fragen und ausserdem ein heimatloser Geselle. Sein Name ist Homo oeconomicus. Er sieht auf den ersten Blick wie ein Mensch aus, ist aber ein in akademischen Labors gezüchtetes, modellplatonistisches Konstrukt. Das Problem mit H.O. ist, dass er eine ansteckende Krankheit, den *Bazillus neoliberalis*, im Volksmund 'H.O.-Wahnsinn' genannt, verbreitet; mittlerweile sind praktisch sämtliche Ökonomieprofessoren unheilbar infiziert, und leider zeigt auch der gesunde Menschenverstand unverbildeter Leute eine abnehmende Immunität dagegen.

Wir müssen uns zunächst — im I. Teil — mit der Diagnose dieses seltsamen geistigen Leidens befassen, denn solange der Bazillus in unseren Köpfen herumspukt, raubt er uns den Sinn für lebenspraktische Argumente und Ansätze einer neuen Arbeitspolitik. Im II. Teil werde ich dann einige therapeutische Ansätze entwerfen, die auf arbeitsethischen Grundüberlegungen beruhen und in Richtung einer lebensdienlichen Arbeitspolitik zielen.

I.

Man erkennt die vom Bazillus neoliberalis Infizierten leicht an zwei typischen Symptomen: Zum ersten leiden sie alle unter einem *Denkzwang*, den sie selbst aber in einen totalen *Sachzwang* umdeuten und verbal wie folgt zu äussern pflegen: "Der Markt zwingt uns ..." (bedingungslos die

Effizienz, Produktivität, internationale Wettbewerbsfähigkeit usw. zu steigern), oder, so die mittlerweile fast schon berühmte Standardformel des Weissbuch-Herausgebers David de Pury: "Wir haben keine Wahl". Was genau aber zwingt uns hier zu was? Der Markt ist ja kein Naturgesetz, sondern eine gesellschaftliche Veranstaltung, die nicht Selbstzweck ist, sondern menschlichen *Zwecken* dienen soll. Hinter den Sachzwängen stecken nicht hintergehbare Zweckvorgaben, und mit ihnen ein *Ethos*, eine kulturelle Vorstellung darüber, wie wir arbeiten und leben *wollen*. Max Weber, der die Logik des Marktes noch immer besser als die meisten heutigen Ökonomen begriffen hat, brachte diese Zweckvorgabe auf den Punkt: "Vor allem ist das 'summum bonum' dieser 'Ethik': der Erwerb von Geld und immer mehr Geld ... so rein als Selbstzweck gedacht."¹ Nichts anderes ist gemeint, wenn David de Pury fordert: "Ziel muss sein, der Beste sein zu wollen."²

Nicht das menschlich Gute ist da intendiert, sondern schlicht der Erfolg im marktwirtschaftlichen Wettbewerb: Selbstbehauptung und Erfolgsmaximierung im Wettbewerb, dieser Inbegriff einer *unternehmerischen Lebensform*, wird von den neoliberalen Sachzwangdenkern der angeblich "freien" Marktwirtschaft für obligatorisch erklärt. Jedermann soll sich als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft verstehen! Gerade weil der Sachzwang in Wahrheit auf der totalen Identifikation mit der unternehmerischen Lebensform beruht, also ein verinnerlichter Denkwang ist, fordert das von de Pury initiierte Weissbuch "Mut zum Aufbruch" auffallend oft einen "tiefgreifenden" und "permanenten" "Mentalitätswandel", hin zur Mentalität des totalen Leistungswettbewerbs.³ Der Sachzwang ist im Prinzip durchbrochen, sobald wir fragen: Wer genau will, dass wir alle das wollen sollen? Und wollen wir wirklich individuell und kollektiv so leben? Wir kommen im zweiten Teil darauf zurück.

¹ Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904), in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen, 1988, S. 17–206, hier S. 35.

² David de Pury und wie er auf die Welt sieht, in: Tages-Anzeiger vom 2.2.1996, S. 7.

³ David de Pury/Heinz Hauser/Beat Schmid (Hg.): Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz, Zürich 1995, S. 10, 28 und 77.

Zunächst zum anderen Symptom der vom Bazillus neoliberalis Befallenen. In einer identitätspsychologisch höchst interessanten Weise wenden die meisten von ihnen den verinnerlichten Sachzwang ins *Normative*, damit sie ihn von Herzen bejahen können: Was immer es sei, wozu uns der Markt angeblich alternativlos zwingt – "es" dient, so behaupten und glauben sie zwanghaft, "letztlich dem Wohl aller", also dem *Gemeinwohl*, sei "es" die Deregulierung und Globalisierung, die Maximierung des Shareholder-value – ein ernsthafter Kandidat für das Unwort des Jahres –, sei es gar eine klare Umverteilungspolitik von unten nach oben, etwa mittels der Abschaffung der direkten Bundessteuer "zum Vorteil aller", wie uns das Weissbuch auf S. 60 weismachen will, oder sei es die radikale Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen nach dem Muster: Wir müssen jetzt Arbeitsplätze abbauen, um *später* ebensolche zu schaffen. (Fragt sich nur, wann "später" ist und was die jetzt Arbeitslosen davon haben.)

Diese marktharmonistische Gemeinwohlfiktion, die im Kontext der Globalisierung der Märkte zur eigentümlich diffusen Idee der *Maximierung des Allgemeinwohls* wird, hat der Entwicklungsökonom und Nobelpreisträger Gunnar Myrdal einst treffend als die "kommunistische Fiktion" des Wirtschaftsliberalismus bezeichnet. Wer ihr erliegt, verliert die Fähigkeit, gesellschaftliche Wert- und Interessenkonflikte wahrzunehmen und unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu beurteilen; statt dessen verfällt er in *Nirwana Economics*, d. h. in eine auf Erden noch nicht gesehene Idealwelt mit lauter Siegen und ganz ohne Verlierer. Kein Wunder, dass die vom besagten Bazillus Befallenen – sie sind fast alle männlichen Geschlechts – am Ende immer nur *das eine* wollen: nichts als die "reine" ökonomische Systemlogik des Marktes zur Geltung bringen. Wenn sie zu einer beliebigen wirtschafts- oder gesellschaftspolitischen Frage im Jargon der unpersönlichen Sachlogik Stellung nehmen, schlagen sie immer das selbe Patentrezept vor: *mehr Markt!* Marktlösungen gelten ihnen a priori als *effizient*, und zwar in einer merkwürdig pauschalen Weise: Es wird weder gefragt, *wofür* konkret, also für welche lebenspraktischen Zwecke, noch *für wen* genau der Markt effizient ist und für wen möglicherweise überhaupt nicht.

Der gefährliche Bazillus, mit dem wir es hier zu tun haben, ist kürzlich von einer noch jungen Fachdisziplin isoliert worden: Die Disziplin nennt sich Wirtschaftsethik, und der Bazillus heisst in ihrer Terminologie *Öko-*

nomismus. Dieser Begriff ist als solcher nicht neu, er geht auf den namhaften Sozialökonom Gerhart Weisser zurück, der bereits in den 50er Jahren den entscheidenden Punkt, nämlich den *Circulus vitiosus* ökonomistischer Politikberatung, klar erfasst hat: "Wie gelangen wir zu Postulaten für die Wirtschaftspolitik? Eine auch heute noch weit verbreitete Meinung glaubt, dass die Postulate zur Gestaltung des Wirtschaftslebens aus *unserem Wirtschaftsdenken* gewonnen werden können und müssen ... Diese Meinung nennen wir *Ökonomismus*."⁴

Der ökonomistische Zirkel zeigt sich vor allem im neoliberalen Verständnis von *Ordnungspolitik*. Diese soll ja eigentlich die normativen Rahmenbedingungen und Spielregeln bestimmen, unter denen privatwirtschaftliche Markttransaktionen gesellschaftlich *legitim* und *sinnvoll* sind. Das neoliberale Verständnis von "sauberer Ordnungspolitik" erkennt man demgegenüber daran, dass es auch noch die Gestaltung der Rahmenordnung an rein ökonomischen Kriterien der Effizienz und insbesondere der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichten möchte und daher für ausserökonomische, ethisch-politische Gesichtspunkte einer "wohlgeordneten Gesellschaft", wie John Rawls⁵ das Leitbild des *politischen* Liberalismus benennt, keinen Raum lässt. Selbst der Begriff der *Sozialen Marktwirtschaft* wird daher zunehmend als faule Kompromissformel diskreditiert; als "möglich" gilt den H.O.-wahninnigen Marktfundis nur noch eine kompromisslose "Marktwirtschaft ohne Adjektive".

Ich behaupte nun – und das ist meine *Grundthese* zu den manifesten Problemen unserer *Arbeitswelt* –, dass die offiziöse Diskussion und politische Handhabung dieser Probleme, insbesondere des sogenannten "Beschäftigungsproblems", derzeit durch und durch den beiden skizzierten Syndromen des Ökonomismus, dem Sachzwangdenken und der Gemeinwohlfiktion, verhaftet ist. In auffallend phantasieloser, immer gleicher Weise wird der Bock der grenzenlosen Produktivitätssteigerung und der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen gleich selbst zum Gärtner der Schaffung neuer Arbeitsplätze macht. Das geht etwa so: (1.) Die "Dere-

gulierung" der Wirtschaft, vor allem des Arbeitsmarktes, soll (2.) zu (Lohn-) Kostensenkungen führen, die sich (3.) betriebswirtschaftlich als sogenannte "Produktivitätssteigerung" auswirken; das soll dann (4.) die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, diese wiederum (5.) zu mehr Export und damit (6.) zu Wirtschaftswachstum der Binnenwirtschaft führen, was am Ende der Kette irgendwann in Zukunft angeblich (7. – magische 7) "Arbeitsplätze schaffen" wird.

Allein schon die makroökonomische Triftigkeit dieser neoliberalen Beschäftigungspolitik ist, wie die empirischen Erfahrungen seit nunmehr 15 Jahren belegen, höchst zweifelhaft, weil sie nämlich blind ist für die *sozialökonomischen* Zusammenhänge. Massenarbeitslosigkeit, neue Armut auch der "working poor", eine immer steilere Einkommens- und Vermögensverteilung und die existenzielle Verunsicherung der an Kaufkraft verlierenden Mittelschicht haben unweigerlich eine schwache Binnennachfrage und leere Staatskassen zur Folge; was betriebswirtschaftlich erfolgreich bringend sein mag, muss volkswirtschaftlich keineswegs vernünftig sein. Das beharrliche Festhalten an den neoliberalen Rezepten gegen alle Erfahrung erklärt sich letztlich wohl von daher, dass sie ideologische Zwecke zur Rechtfertigung von Sonderinteressen erfüllen.

Ich kann die nötige Ideologiekritik hier aus Zeitgründen nur andeuten.⁶ Der zentrale Punkt liegt bei der Ausblendung des sogenannten *Status-quo-Problems* von Marktlösungen, d. h. der "gegebenen" Ausgangsverteilung bezüglich Macht und Ressourcen unter den Wirtschaftssubjekten. Der Vorteil der Geschäftspartner einer Markttransaktion ist immer nur *relativ* zum Status quo zu verstehen; Machtverhältnisse schlagen daher voll auf die Marktergebnisse durch, wie man derzeit auf dem Arbeitsmarkt besonders deutlich erkennen kann, beispielsweise bei sogenannten Änderungskündigungen von Arbeitsverträgen; wenn die Betroffenen in einen neuen Arbeitsvertrag zu deutlich schlechteren Bedingungen einwilligen, so kommen darin schlicht die veränderten *Machtverhältnisse* zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Ausdruck, indem letztere in der Tat oft "keine Wahl" mehr haben. Die Deregulierung der Märkte, auch des Ar-

⁴Gerhart Weisser: Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft (1954), wiederabgedr. in: ders.: Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Göttingen 1978, S. 573–601, hier S. 574.

⁵ John Rawls: Die Idee des politischen Liberalismus, Frankfurt a. M. 1992, S. 87ff.

⁶ Für eine eingehende Ökonomismuskritik vgl. demnächst P. Ulrich: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern/Stuttgart, vorauss. 1997, Teil II.

beitsmarktes, ist daher gleichbedeutend mit dem nicht ganz wertfreien Ziel, dem Recht des Stärkeren Geltung zu verschaffen. Der "freie" Markt ist also, entgegen der markmetaphysischen Gemeinwohlfiktion, nicht für alle gleichermassen "effizient", und er macht auch keineswegs alle gleichermassen "frei"; deshalb sind in der Regel nur die wirtschaftlich Starken für "mehr Markt" oder für internationalen Freihandel.

Mit *Gerechtigkeit* hat ein solches Verständnis des marktverbürgten Gemeinwohls nichts zu tun, denn Gerechtigkeitsfragen beziehen sich ja gerade auf die Legitimität des Status quo, also der sozialen Ausgangsbedingungen der Tauschverträge im Markt. Die soziale Harmonie in der Gesellschaft, die der Ökonomist vom "freien" Markt als wunderbares *Ergebnis* erwartet, erweist sich bei ideologiefreier, sehr realistischer Betrachtung vielmehr als die grundlegende *Voraussetzung* legitimer Marktwirtschaft.

Die Konsequenz ist einfach, aber folgenreich: *Legitime Marktwirtschaft braucht ethisch-politische Vorgaben*, die nicht zirkulär auf rein ökonomische Effizienz- oder Nutzenkategorien reduziert werden können, sondern gesellschaftspolitischer oder — wie die Ordoliberalen es treffend nannten — "vitalpolitischer"⁷ Art sind, also unmittelbar in lebensweltlichen Kategorien zu bestimmen sind: *Vitalpolitik kommt vor Effizienz*.

II.

Damit kommen wir zum zweiten Teil, in dem wir uns mit der Perspektive einer "vitalen" oder *lebensdienlichen Arbeitspolitik* befassen wollen.⁸ Sie setzt bei der Einsicht an, dass der Lösungsansatz des "Beschäftigungsproblems" nicht mehr innerhalb der sachzwanghaften Eigenlogik des (Arbeits-)Marktes zu finden ist; vielmehr kommt es gerade darauf an, dass

⁷ Vgl. z. B. Alexander Rüstow: Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft, in: P. M. Boorman (Hg.): Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart/Köln 1955, S. 53–74.

⁸ Den Begriff der Lebensdienlichkeit übernehme ich von Arthur Rich: Wirtschaftsethik, Bd. II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialethischer Sicht, Gütersloh 1990, S. 21f.

wir den lebenspraktischen Irrsinn durchbrechen, der sich z. B. in folgenden Symptomen der Sinnverkehrung zeigt:

— Wir arbeiten heute nicht mehr, um konsumieren zu können, sondern wir müssen immer mehr konsumieren, damit wir "Arbeitsplätze schaffen" können — aber die Konsumenten streiken.

— Wir steigern die Produktivität, um international wettbewerbsfähig zu bleiben — aber je schneller das alle Konkurrenten tun, um so rascher rationalisieren wir die Arbeit weg.

— Wir müssen, so sagen uns die neoliberalen Sachzwangdenker, die soziale Desintegration der Gesellschaft und den Verlust der sozialen Sicherheit für alle Bürger in Kauf nehmen, damit es "der Wirtschaft" (wer ist das?) gut geht — aber je besser es den heimatlosen "global players" der Wirtschaft geht, um so schlechter geht es den einzelnen Volkswirtschaften.

Welches sind nun die systematischen Ansatzpunkte einer Arbeitspolitik, die aus der reinen Logik des Arbeitsmarktes ausbricht? Im wesentlichen sind drei grundlegende Ansätze zu unterscheiden, auf denen die Wahrnehmung und die Gestaltung unserer Arbeitswelt beruht:

— Reflexion über das überlieferte *Arbeitsethos*: Ist das tradierte puritanisch-laboristische Arbeitsethos, das Arbeit allein von ihrem Marktwert unbesehen ihres gesellschaftlichen Werts sowie ihres Eigenwerts für den arbeitenden Menschen bewertet, noch zeitgemäss? Welche Rolle soll die Erwerbsarbeit in Zukunft in unserem Gesamtentwurf des guten Lebens spielen? *Wenn wir wissen wollen, wie wir arbeiten sollen, müssen wir klären, wie wir in Zukunft leben wollen.*

— Reorganisation der gesamten Strukturen der *Arbeitsgesellschaft*: Was soll in Zukunft als gesellschaftlich sinnvolle und deshalb entlohnungswürdige Arbeit gelten? Wie können wir die Mechanismen der Verteilung von Arbeit und Einkommen so umorganisieren, dass alle gesellschaftlich sinnvolle Arbeit — und solche gibt es genug — ausgeführt wird? *Wenn wir wissen wollen, wie wir die komplex-arbeitsteilige Arbeitswelt einer technologisch und kulturell hochentwickelten Volkswirtschaft organisieren wollen, müssen wir klären, an welchem Leitbild einer wohlgeordneten Gesellschaft wir uns orientieren wollen.*

— Erst als drittes Moment kommt dann die Funktionslogik des *Arbeitsmarktes* ins Spiel: Im Hinblick auf welche vitalpolitischen Ziele des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens soll der Arbeitsmarkt "effizient"

sein? Wenn wir wissen wollen, wie ein sozialökonomisch effizienter Arbeitsmarkt funktionieren soll, müssen wir klären, in welchen "vitalpolitischen" Rahmen er eingebettet werden soll.

Daraus folgt, dass das Problem zunächst und vor allem in Kategorien sozialer Rationalität auf der Grundlage ethischer Grundsätze (statt bloss innerhalb der reinen Marktlogik) anzugehen ist. Es geht im Kern um die Klärung der Voraussetzungen einer lebensdienlichen Arbeitswelt. Das ist primär keine ökonomische, sondern eine politische Frage: Arbeitspolitik ist – in Abgrenzung zu ökonomistisch verkürzter "Beschäftigungspolitik" – ein Stück umfassende Gesellschaftspolitik. Ich definieren sie genauer wie folgt: "Arbeitspolitik ist zu verstehen als die komplexe gesellschaftspolitische Aufgabe, auf der Basis tragfähiger Grundsätze einer human-, sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Erwerbsarbeit im Leben aller Individuen einen sinnvollen Platz einnehmen kann."⁹

Wie die Hervorhebung des Worts "alle" andeutet, umfasst eine lebensdienliche Arbeitspolitik stets beide grundlegenden Dimensionen der Ethik:

– Die des guten Lebens, in der sich die Sinnfrage des Arbeitens und Wirtschaftens stellt: Wie wollen wir den Produktivitätsfortschritt sinnvoll nutzen? Wie wollen wir in Zukunft leben?

– Die des gerechten Zusammenlebens, in der es um die Gerechtigkeits- und Legitimationsfrage der Wirtschaftsordnung auf nationaler und internationaler Ebene geht: Wie sind Nutzen und Kosten der Rationalisierung gerecht zu verteilen? Welche nationalen und internationalen Rahmenbedingungen sind für eine gerechte Arbeitspolitik notwendig?

Diese Fragen zu beantworten ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft Sache der souveränen Bürger. Die politische Ökonomie ist zu wichtig, um sie den Ökonomen zu überlassen.

Lassen Sie mich daher als Bürger (nicht als wirtschaftsethischer Experte) in jeder der beiden ethischen Dimensionen je eine persönliche

⁹ P. Ulrich: Müssen wir die Arbeit neu verteilen? Vier Thesen zu einer zukunftssträchtigen Arbeitspolitik, in: Arbeitsblätter, hg. vom Schweizerischen Arbeitskreis für ethische Forschung, Nr. 34, Oktober 1995, S. 41–53, hier S. 42.

Vision formulieren. Es sind Bausteine meiner Utopie einer lebensfreundlichen Arbeitswelt. Ich sage bewusst "Utopie", denn wir brauchen Visionen, die uns zunächst unabhängig von allem Sachzwangdenken Handlungsorientierung geben. Wo ein Wille ist, werden sich auch politische Wege finden.

a) Erste "utopische" Idee – in der Dimension des guten Lebens: Haben Sie sich schon einmal überlegt, dass wir eigentlich immer noch – oder zunehmend wieder – nach dem Muster einer frühmodernen "Ökonomie der Armut" leben? Wir schuften, wie wenn es die vorrangigste Voraussetzung unserer wirtschaftlichen Subsistenz wäre, die Produktivität, den Güterausstoß unserer Wirtschaft und das Bruttosozialprodukt zu steigern. Aber trotz seiner nachgerade überschüssigen Produktivität bewältigt unser wirtschaftliches System die elementare Aufgabe, allen Menschen die wirtschaftlichen Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz zu verschaffen, immer noch bei weitem nicht, ja sogar zusehends weniger. Besonders "effizient" scheint unser wahnsinniger Produktionsumweg zur immer noch ungesicherten Erfüllung der elementarsten Bedürfnisse also keineswegs zu sein.

Mir scheint, wir müssen lernen, mit der zum Hauptproblem gewordenen Produktivität vernünftig umzugehen. Es wird Zeit für den Übergang zu einer "Ökonomie der Lebensfülle", die die Emanzipation der Menschen aus den Sachzwängen der eigensinnigen Logik des Marktes zum Ziel erhebt und auf eine postökonomistische Kultur der ganzheitlichen Entfaltung der menschlichen Anlagen zielt. Die Ökonomie der Lebensfülle ist getragen von der Idee, nicht den Markt, sondern die Menschen frei zu machen, frei für die menschlich wesentlichen Dinge des Lebens. Sie beruht auf der noch zu entwickelnden ganzheitlichen Lebenskunst des Genug-haben-Könnens, jenseits unseres kulturgeschichtlich gesehen noch reichlich pubertär wirkenden, grenzenlosen Haben-Wollens.

Konsequenz wäre – *horribile dictu* – das Postulat der vitalpolitischen Begrenzung des Wettbewerbs nach reflektierten Gesichtspunkten der Lebensqualität statt seiner fortwährenden Intensivierung, von der sich die neoliberalen Apostel noch immer wie vor 200 Jahren das ganze Heil ver-

sprechen. Kein Geringerer als John Maynard Keynes¹⁰ hat schon 1930 seiner utopischen Hoffnung Ausdruck verliehen, dass für seine Einzelkinder das "ökonomische Problem" dereinst gelöst sein werde und Wirtschaften zur Nebensache einer gelingenden Lebensführung werde.

Nun ist eine partielle Emanzipation der Menschen aus den Selbstbehauptungszwängen der real existierenden totalen Marktgemeinschaft natürlich nur möglich, wenn ihr wirtschaftliches Überleben unabhängig davon gesichert ist.

b) *Zweite "utopische" Idee — in der Dimension des gerechten Zusammenlebens:* Ich schlage vor, die Problematik einer nachträglich korrigierenden Sozialpolitik so weit wie möglich ursächlich zu entschärfen durch die Institutionalisierung neuer *Wirtschaftsbürgerrechte*. Statt bloss den phantasielosen Streit um den quantitativen Aus- oder Abbau des Sozialstaats fortzusetzen und so oder so einen wachsenden Teil der Menschen von entmündigender "Fürsorge" abhängig zu machen — verhungern lassen werden wir ja wohl niemanden —, geht es darum, die urliberale Idee unantastbarer Freiheits- und Partizipationsrechte des Bürgers den veränderten sozioökonomischen Umständen anzupassen: *Gleiche Grundrechte auf Arbeit und Existenzsicherung für freie Bürger statt "milde Gaben" für liberalen Köpfe* — wie beispielsweise Ralph Dahrendorf, der zu den Vordegnern dieses Ansatzes gehört¹¹ — von den Ökonomen unterscheiden, die nur die deregulierte Wirtschaftsfreiheit und mit ihr das Recht des Stärkeren meinen, wenn sie "Freiheit" sagen.

Solche Wirtschaftsbürgerrechte können an zwei zum Teil alternativen, zum Teil sich ergänzenden Punkten ansetzen:

— Zum ersten bietet sich die Möglichkeit an, ein *erwerbsunabhängiges Grundeinkommen* für alle Bürger zu gewährleisten, sei das als bedingungslos gewährtes "Bürgergeld" oder, zunächst wohl naheliegender, mit-

¹⁰ Vgl. John M. Keynes: *Economic Possibilities for Our Grandchildren* (1930), in: ders.: *Collected Writings*, Vol. IX: *Essays in Persuasion*, London 1972, S. 321–332.

¹¹ Vgl. Ralf Dahrendorf: Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen, in: *Die Zeit*, Nr. 4 vom 17. 1. 1986, S. 32; ders.: Über den Bürgerstatus, in: B. van den Brink/W. van Reijen (Hg.), *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt a. M. 1995, S. 29–43.

tels des Konzepts der negativen Einkommenssteuer: Wenn das Einkommen gemäss Steuererklärung ein zu definierendes Existenzminimum unterschreitet, so erhält nach diesem Konzept der Betroffene Subjekthilfe, und zwar unabhängig von den Ursachen des zu geringen Einkommens. Gerade wer, wie etwa die NZZ-Wirtschaftsredaktion, "eine Senkung der Mindestlöhne, grössere Lohndifferenzen, eine Entkartellisierung des Arbeitsmarktes, eine Lockerung des Arbeiterschutzes, eine knappere Bemessung des Arbeitslosengeldes und weitere Massnahmen, die den Arbeitsmarkt flexibler, die Einstellung von Arbeitskräften leichter und die Suche nach Arbeit relativ zur Arbeitslosigkeit attraktiver machen",¹² volkswirtschaftlich für zwingend und damit die Entstehung einer neuen Schicht von "working poor" (wie in den USA und Grossbritannien) für unvermeidlich hält, der wird, falls er an einer wohlgeordneten Gesellschaft überhaupt interessiert ist, eine partielle Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit befürworten müssen. Und gerade wer, wie David de Pury, den harten unternehmerischen Leistungswettbewerb unter allen Bürgern will, müsste, wenn er verantwortungsvoll denkt und kein Zyniker ist, Wert darauf legen, dass in naher Zukunft die Existenzsicherung aller Bürger unabhängig davon gesichert wird, ob sie im Wettbewerb — insbesondere auf dem Arbeitsmarkt — zu den Siegern oder den Verlierern gehören.

— Wer aus tiefer arbeitsethischer Überzeugung keine Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit befürworten mag, dem bietet sich ein alternativer, ebenso liberaler Ansatz an, nämlich allen Bürgern die Möglichkeit zu gewährleisten, ihre Existenz durch eigene Erwerbsarbeit und Leistung zu sichern. Die logische Konsequenz ist die Institutionalisierung des allgemeinen *Bürgerrechts auf eine normierte Lebensarbeitszeit*. "Normiert" heisst hier, dass einerseits jedermann ein Recht auf eine *begrenzte* Erwerbstätigkeit hat, damit alle in gleichberechtigter Weise erwerbstätig sein können. Umgekehrt bleibt in diesem Konzept das Bürgerrecht auf Existenzsicherung an die *Pflicht* zur Erfüllung einer bestimmten Lebensarbeitszeit gebunden; wie etwa ein AHV-Konto hätte der einzelne Bürger

¹² So Gerhard Schwarz: Wie uns die Arbeit nicht ausgeht, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 81 vom 6./7. 4. 1996, S. 21.

ein Lebensarbeitszeitkonto, auf dem er diese Pflicht in möglichst freier, zeitsouveräner Weise abarbeiten kann. Wer das als bloße resignative Arbeitsumverteilung ablehnt, der scheint zu übersehen, dass die volkswirtschaftliche Produktivitätssteigerung immer schon teilweise durch fortlaufende Senkung der Lebensarbeitszeit und niemals völlig durch Wirtschaftswachstum aufgefangen worden ist. Warum sollte dieser geschichtlich bewährte Weg heute nicht mehr sinnvoll und gerecht sein?

Zugegeben, die schrittweise Senkung der Normalarbeitszeit muss auf dem Hintergrund der Globalisierung heute natürlich supranational koordiniert werden, damit nicht Länder mit zu langer Normalarbeitszeit unlautere Wettbewerbsvorteile erzielen und so ihr eigenes Arbeitslosigkeitsproblem exportieren. Das setzt voraus, dass die "global players" und die Wirtschaftsverbände darauf verzichten, die nationalen Standorte mit den üblichen Wegzugsdrohungen gegeneinander auszuspielen, und statt dessen *ordnungspolitische Mitverantwortung*¹³ für die Errichtung einer human-, sozial- und umweltverträglichen Rahmenordnung des globalen Wettbewerbs übernehmen, und zwar auf der Ebene einer noch zu schaffenden Weltwirtschaftsordnung ebenso wie auf nationaler Ebene. Der Weg dahin wird zähe ethisch-politische Anstrengungen brauchen, aber es geht dabei um sehr viel.

Ein so grundlegendes Problem wie das der zeitgemässen Organisation unserer Arbeitswelt ist als epochale ethische Herausforderung der Marktwirtschaft zu begreifen, an der sich ihre Legitimität entweder zeigen muss oder aber diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in irreparabler Weise diskreditiert wird.

¹³ Vgl. dazu P. Ulrich: Integrative Wirtschafts- und Unternehmensethik – ein Rahmenkonzept, in: Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.), Markt und Moral. Die Diskussion um die Unternehmensethik, Bern/Stuttgart 1994, S. 75–107, hier S. 100ff.